

Europa in der Überschuldungskrise - Ursachen, Auswirkungen, Lösungen

von Axel Vielau

(Stand: 1.2017)

Abstract:

*Der Essay zeigt Alternativen zum neoliberalen Wirtschaftsmodell auf; er beschreibt im Ordnungsrahmen der sozialen Marktwirtschaft fünf Maßnahmen zur Lösung der Überschuldungskrise. Im Effekt dieser fünf Maßnahmen, die im Prinzip **ohne eine weitere Erhöhung der staatlichen Verschuldung** auskommen, fördert der Staat produktives, nachfrageinduziertes Wachstum der Realwirtschaft, er unterbindet unproduktive Kapitalhortung und Spekulationsgeschäfte, er verschafft sich mittelfristig die Ressourcen zum Abbau der eigenen Verschuldung, er stabilisiert die Währung und die Sozialsysteme, er sorgt für eine sinnvolle Umverteilung der gesellschaftlichen Arbeit zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen sowie zwischen den Generationen, er verhindert die undemokratische Akkumulation der gesellschaftlichen Vermögenswerte in der Hand weniger Superreicher, er gewinnt perspektivisch wieder den zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlichen investiven und sozialpolitischen Spielraum und - last but not least – er **verbessert nachhaltig Arbeitsbedingungen und Lebensstandard der Bevölkerung**.*

1. Überschuldung

Die Länder des Euroraums sind strukturell überschuldet - wenn auch in verschiedenem Maße und mit ungleichen Auswirkungen. Kann die Überschuldung aus eigener Kraft dieser Länder mittelfristig nicht abgetragen werden - wie es zumindest in den südeuropäischen Staaten (Portugal, Italien, Griechenland, Spanien) nach Überzeugung vieler Ökonomen der Fall ist - können weder „Rettungsschirme“, das Anwerfen der Notenpresse (Ankauf von Staatsanleihen durch die EZB) noch Eurobonds (gemeinsame Haftung für die Schrottanleihen überschuldeter Staaten) die Lösung sein. Denn letztlich geht es dabei nur um verschiedene Varianten des Versuchs, die überbordenden Verschuldungsprobleme der Mitgliedsländer zwischen den beteiligten Volkswirtschaften umzuverteilen und zu „vergesellschaften“, statt um eine nachhaltige Lösung der Probleme an ihren ökonomischen Wurzeln.

So wenig man Überschuldungsprobleme im privaten Leben durch Umverteilung der Lasten auf Freunde und Bekannte dauerhaft lösen kann, so wenig ist das im großen Maßstab möglich: Werden die Ursachen der Überschuldung nicht effektiv angegangen, so wird bei galoppierend steigenden Lasten die Geduld und Zahlungsfähigkeit der Helfer früher oder später erschöpft sein, die Freundschaft geht in die Brüche. Durch Strategien der Umverteilung wird die notwendige Anpassung daher lediglich in die Zukunft verschoben - nicht gelöst, sondern potenziell weiter verschärft und mit zusätzlichen Problemen angereichert, da Überschuldungsprobleme (mikro- wie makroökonomisch) zeitkritisch sind und kumulativ anwachsen, wenn man nichts oder das Falsche tut. Es gibt keinen "Rettungsschirm", der groß genug wäre, alle südeuropäischen Staaten aufzufangen und dauerhaft zu stabilisieren. Im Gegenteil - indem man die Aufnahme neuer Schulden erleichtert (zum Beispiel durch „Eurobonds“ oder einen „Altschuldentilgungsfonds“) und immer neues Spielgeld in die Märkte pumpt, verschärft man lediglich die bestehenden Disparitäten, erzeugt Finanzblasen und nach dem Vorbild des windigen Anlageberaters von nebenan ein "Schneeballsystem", das früher oder später in sich zusammenfallen muss.

Die tieferen Ursachen der Überschuldungskrise werden in der aktuellen

Diskussion oft mit scheinplausiblen Leerformeln vernebelt wie zum Beispiel: Folge der Globalisierung, der Währungsspekulation, der Machenschaften amerikanischer *Rating*-Agenturen, des mangelnden Spar- bzw. Reformwillens etc. Da jedoch **alle** Mitgliedsländer mehr oder weniger von Überschuldung betroffen sind, muss es "systemische" und realwirtschaftliche Ursachen für die Überschuldungskrise geben, man kann die strukturelle Überschuldung eines großen, in sich heterogenen Wirtschaftsraums nicht allein durch privaten Leichtsinn oder den mangelnden Sparwillen inkompetenter Regierungen erklären.

Die Maastrichter Verträge (1993) sahen als Konvergenzkriterien für den Beitritt zur gemeinsamen Währung eine Defizitquote von maximal 3 Prozent und einen Schuldenstand unter 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) vor; diese (an sich schon sehr „weichen“) Kriterien sollten dauerhaft gelten, ihre Nichteinhaltung sollte entsprechend sanktioniert werden.

Tatsächlich entsprechen beiden Konvergenzkriterien in den letzten Jahren nur noch kleinere Staaten wie zum Beispiel Luxemburg (+1,6 / 22), Litauen (-0,2/ 42) und Estland (+0,1/ 10). Länder wie Deutschland (+0,7 / **71,0**), Österreich (-1,0 / **85**), die Niederlande (-1,9/ **65**), Finnland (-2,8 / **64**) und Slowenien (-2,7 / **83**) erfüllen immerhin noch eines der Kriterien. Die meisten anderen Euro-Mitgliedsländer verletzen die Konvergenzkriterien in erheblicher Weise, zum Beispiel Belgien (-2,5 / **106**), Frankreich (- **3,5 / 96**), Spanien (- **5,1 / 99**), Zypern (-1,1 / **107**). Katastrophale Ausmaße hat die Überschuldung erreicht in Portugal (- **4,4 / 129**), Italien (-**2,6 / 132**) und Griechenland (- **7,5 / 177**). Alle Zahlen gelten für 2015 (Quelle: Eurostat); im laufenden Jahr wird die Staatsschuldenquote nach begründeten Schätzungen weiter ansteigen, in Griechenland trotz aller Stützmaßnahmen auf etwa **180** Prozent.

In den EU-Ländern, die **nicht** dem Euro-Währungsverbund beigetreten sind, sieht es deutlich besser, wenn auch keineswegs gut aus: Beide Konvergenzkriterien würden aktuell erfüllt von Dänemark, Schweden, Polen, Tschechien, Rumänien und Bulgarien; ein Kriterium verletzt Ungarn; lediglich Großbritannien verfehlt beide Kriterien (- **4,3 / 89**). Interessant ist hier, dass die EU-Länder, die ihre Währungspolitik (aus welchen Gründen auch immer) selbst in der Hand behalten haben, zwar ebenfalls hoch verschuldet sind, aber aus Gründen, über die nachzudenken sein wird, insgesamt deutlich besser dastehen als die EU-Länder der Euro-Zone.

Es bleibt also zunächst festzuhalten, dass alle EU-Länder mehr oder weniger Probleme haben, ihren Staatshaushalt nach Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen zu gestalten. Wenn die Ausgaben dauerhaft höher sind als die Einnahmen, so gibt es im Prinzip drei Lösungswege: Man kann die **Einnahmen** verbessern, man kann die **Ausgaben** kürzen oder man kann das Budgetdefizit durch eine Erhöhung der **Staatsverschuldung** ausgleichen. Da die Ausgaben häufig auf gesetzlichen Verpflichtungen beruhen und Steuererhöhungen unpopulär sind, greifen Politiker aller Couleur fast schon routinemäßig Jahr um Jahr zum Mittel der Staatsverschuldung, um den Haushalt auszugleichen.

Theoretische und praktische Begründungen für das staatliche Schuldenmachen finden sich seit J.M.Keynes immer - und oft machen diese Begründungen im gegebenen konjunkturellen Kontext **kurzfristig** auch Sinn: Der Staat spart in wirtschaftlich guten Zeiten und macht Schulden, wenn die Wirtschaft schlechter läuft, um die Konjunktur durch zusätzliche Nachfrage anzuregen (*deficit spending*). Aus politökonomischer Sicht ist Sparen in der Krise falsch, weil diese Strategie zusätzlich Kaufkraft abschöpft und damit den Niedergang der Wirtschaft weiter beschleunigt. Aber Konjunkturprogramme dieser Art können keine dauerhafte Lösung sein, weil ihre Wirkung meistens rasch verpufft, ohne dass sich an den volkswirtschaftlichen Strukturen, die die Krise ausgelöst haben, **nachhaltig** etwas ändert. Was unter dem Strich solcher Maßnahmen bleibt, ist

häufig lediglich die zusätzlich erhöhte Staatsverschuldung. Denn auch in wirtschaftlich besseren Zeiten übersteigen die Ausgaben die Einnahmen; schlimmer noch, der Staat muss immer höhere neue Schulden aufnehmen, um auch nur die alten Schulden bezahlen zu können. Der Zustand der **Überschuldung** ist damit erreicht.

2. Die gesellschaftlichen Ursachen staatlicher Überschuldung

Seit Wegfall der Systemalternative mit dem Bankrott der staatssozialistischen Planwirtschaften geht die Schere zwischen Arm und Reich in allen Industrieländern auseinander - mal schneller und mal langsamer, aber eindeutig in der Tendenz und oft in Folge bewusster Entscheidungen im Rahmen einer **neoliberalen Wirtschaftspolitik** ("Leistung muss sich wieder lohnen"). So besitzen 50 Prozent der Bevölkerung in Deutschland heute weniger als 2 Prozent der Vermögenswerte, die reichsten 10 Prozent besitzen dagegen etwa 70 Prozent des Reichtums. Die politische Verantwortung für die ungleiche Vermögensverteilung liegt keineswegs nur bei dem konservativen Farbspektrum, wie man es zunächst vielleicht erwarten würde. Im Gegenteil - die ungleiche Vermögensverteilung ist direkte Folge der Wirtschaftsreformen der 90er Jahre, die in Deutschland größtenteils durch Rot-Grün zu verantworten sind („Agenda 2010“).

Die ökonomischen Hebel der neoliberalen Wirtschaftspolitik sind unschwer zu identifizieren: hohe strukturelle Arbeitslosigkeit mit der Folge stagnierender Reallöhne, ein wachsender Zeitarbeits- und Niedriglohnsektor, beschleunigter Sozialabbau (Hartz IV-Gesetze), sinkende Realrenten mit programmierter Altersarmut breiter Bevölkerungsschichten (neue Rentenformel), Teil-Privatisierung der Alterssicherung (Riester-Rente), Senkung der Einkommens- und Erbschaftssteuer, Abschaffung der Vermögenssteuer, Erhöhung der Verbrauchssteuern (Mehrwertsteuer), Förderung der Unternehmenskonzentration (Energiepolitik), Privatisierung von Schlüsselindustrien (Post, Telekommunikation, Bahn, Wasserversorgung), Umlage der Kosten der Energiewende einseitig auf die Privathaushalte, Erhöhung der Sozialabgaben (z.B. "Reformen" der gesetzlichen Krankenversicherung), Wirkung der „kalten Progression“ bei den unteren und mittleren Einkommen ...

Nach der Berechnung von Forschungsinstituten belaufen sich allein die steuerlichen **Entlastungen**, die in Deutschland in den letzten 15 Jahren zugunsten der Reichen im Lande gewährt wurden (Deregulierung des Finanzsektors, Senkung des Spitzensteuersatzes, Pauschalisierung der Kapitalertragssteuer etc.), kumulativ hochgerechnet auf mehr als **50 Milliarden Euro pro Jahr**. Die Entwicklung in den anderen Ländern des Euro-Währungsverbunds verlief ungleichzeitig, oft weniger dramatisch, aber in der Tendenz ähnlich wie in Deutschland.

Als Folge dieser Umverteilung „von unten nach oben“ konzentriert sich ein immer größerer Teil der gesellschaftlichen Wertschöpfung in den Händen eines immer kleineren Teils der Bevölkerung. Weder die Klage über fehlende Verteilungsgerechtigkeit einerseits noch die windigen Behauptungen zur Rechtfertigung der neoliberalen Politik andererseits sollen hier interessieren. Viel wichtiger aus politökonomischer Sicht ist der übergreifende **„systemische“ Effekt** dieser Politik: Das immense Vermögen in den Händen weniger Superreicher wird **nicht konsumiert** oder gesellschaftlich nützlich investiert, sondern es wird dem ökonomischen Kreislauf der Realwirtschaft entzogen und **unproduktiv akkumuliert**.

Infolge der unproduktiven Abschöpfung des gesellschaftlichen Mehrprodukts schwinden jedoch die "klassischen" nachfrageinduzierten Wachstumsimpulse,

der Wirtschaftskreislauf droht mangels kaufkräftiger Nachfrage zu stagnieren. In Deutschland ist die **Binnennachfrage** inflationsbereinigt seit Einführung des Euro kaum noch nennenswert angestiegen; das Wachstum beruhte wesentlich auf **außenwirtschaftlicher** Nachfrage (Export) sowie öffentlicher und privater **Verschuldung**. Der privat akkumulierte Reichtum kehrt nicht wie früher zu großen Teilen in Form von Investition oder Konsum in den ökonomischen Kreislauf zurück, sondern wird als unproduktives Finanzkapital **gehörtet** bzw. dient als Spielgeld auf liberalisierten Finanzmärkten: Nach Schätzungen von Forschungsinstituten belaufen sich die gehorteten Vermögenswerte in Deutschland inzwischen auf **mehr als 7 Billionen Euro** (bei einem Umfang des Staatshaushalts von ca. 300 Milliarden).

Die mittelfristigen Auswirkungen dieser Entwicklung auf die Realwirtschaft sind gravierend. Denn der Gegenwert der immensen privaten Kapitalhortung fehlt als **zahlungsfähige Nachfrage** auf dem Binnenmarkt; Produkte, die nicht profitabel verkauft werden können, werden auch nicht produziert, dementsprechend droht die Realwirtschaft zu stagnieren (oder gar zu schrumpfen), weil es ihr an Nachfrage fehlt.

Dabei fehlt es an öffentlicher und privater **Kaufkraft**, nicht etwa an der Nachfrage an sich: In der dümmlichsten Variante zur "Erklärung" der neoliberalen Systemkrise spricht man von der "allgemeinen Überversorgung mit Konsumgütern" und erklärt die schwindende Nachfrage mit den "Grenzen des Wachstums". Das ist blanker Unsinn - zumindest auf viele Jahre hinaus. Selbstverständlich ist der Bedarf an Gütern und Dienstleistungen auch in den entwickelten Industrieländern weiterhin hoch, zumal die **öffentliche Infrastruktur** (Straßen, Bildungswesen, Versorgungssysteme) in einem oft traurigen Zustand ist und der Anteil der **Armen** an der Bevölkerung im gleichen Maße wächst, wie sich der Reichtum in den Händen einiger Weniger konzentriert.

Ein Grundwiderspruch der neoliberalen Wirtschaftsreform liegt ja gerade darin, dass **trotz des** real anwachsenden Sozialprodukts die **Armut** mehr und mehr zum Massenproblem wird. Das gilt nicht nur für die ständig wachsende Schicht der *working poor*, also der Menschen, die trotz Vollzeitbeschäftigung in prekären Arbeitsverhältnissen unterhalb der Armutsgrenze leben. Selbst im Mittelstand gibt es immer weniger Familien, die nach Abzug aller direkten und indirekten Steuern und Abgaben von **einem** Einkommen allein noch "standesgemäß" leben können. Und ein Blick auf den Rentenbescheid zeigt jedem, der es wissen will, was ihn im Alter erwartet. Immer mehr Menschen verlieren so das Vertrauen in die staatliche Alterssicherung und versuchen, auf privater Basis vorzusorgen - womit dem Markt weitere Kaufkraft entzogen wird.

In einem geschlossenen Wirtschaftsraum führt fehlende Kaufkraft zu stagnierendem Konsum und entsprechend sinkender Investitionsneigung: Die natürlichen Wachstumsimpulse der Marktwirtschaft fehlen. Um die Gewinne zu halten oder zu verbessern, wird ein Unternehmen unter solchen Voraussetzungen nicht in die **Erweiterung** der Produktion investieren, sondern in Kosteneinsparung und **Rationalisierung**. Damit wird eine Spirale von wachsender Arbeitslosigkeit, weiterer Verunsicherung der Konsumenten und weiteren Nachfragerückgängen in Gang gesetzt. Der Druck auf die Sozialsysteme erhöht sich mit steigender Arbeitslosigkeit, die Jugendarbeitslosigkeit steigt beschleunigt an (inzwischen bis zu 50 Prozent in den südeuropäischen Staaten), die klassischen Selbstheilungskräfte der Marktwirtschaft versagen.

Trotz fehlender Nachfrage gibt es **kaum Preissenkungen** auf breiter Basis, in Bereichen mit geringer Nachfrageelastizität sogar weiter **steigende Preise** (staatliche Leistungen, Mieten, Gesundheitswesen, Wasser, Energie, Post, Rundfunk, Verkehr etc.), weil der Monopolanbieter seine Gewinne auch bei sinkendem Umsatz verteidigt. Das Geld des Konsumenten kann jedoch nur

einmal ausgegeben werden: Je mehr die einen mit marktwidrig steigenden Preisen abgreifen, desto weniger bleibt für die, die sich marktkonform verhalten und in der Krise die Preise senken. Im Ergebnis droht dem Wirtschaftssystem mit stetig schrumpfendem Warenumlauf bei steigenden bzw. stagnierenden Preisen eine sich selbst beschleunigende "Stagflation".

Im Wesentlichen gab es bisher drei Strategien, um den systemimmanenten Tendenzen zur **Stagflation** entgegenzuwirken.

1. Die fehlende zahlungsfähige Binnennachfrage kann für eine gewisse Zeit durch wachsende private und öffentliche **Verschuldung** kompensiert werden (Verbraucherkredite, staatliche Konjunkturprogramme etc.). Allerdings funktioniert diese Strategie nur in zeitlicher Begrenzung und nur um den Preis einer wachsenden öffentlichen und privaten Verschuldung - die mittelfristig destruktiv ist, weil sie zum Gegenwert des **kumulativ wachsenden Schuldendienstes** zusätzlich Kaufkraft vom Markt nimmt. Nie war angesichts „günstiger Kreditbedingungen“ das Ausmaß der privaten Verschuldung in Deutschland wie in Europa so hoch wie in diesen Tagen, entsprechend hoch die Zahl der Privatinsolvenzen. Wird der private oder öffentliche Schuldner zahlungsunfähig, so platzt früher oder später (wie zuletzt in den USA und Spanien) die Kreditblase - oft mit verheerenden Folgen für die Gläubigerbanken und Kreditversicherer.

2. Die fehlende Kaufkraft auf dem Binnenmarkt kann zeitweise durch **Exporte** auf den Weltmarkt kompensiert werden. Als rohstoffarmes Land baut Deutschland immer schon vermehrt auf die Exportwirtschaft und realisiert große Teile des Mehrprodukts im Euro-Wirtschaftsraum und auf dem Weltmarkt. Voraussetzung dafür ist ein freier Welthandel mit zahlungskräftigen Abnehmern. Entsprechend geht das Bestreben dahin, den Euro-Wirtschaftsraum durch Assoziierungsverträge (z.B. Osterweiterung der EU) immer weiter auszudehnen oder Freihandelsabkommen mit Drittländern (z.B. USA/ TTIP, Kanada/ CETA) abzuschließen. Um mit den eigenen Produkten international konkurrenzfähig zu sein, müssen vor allem die **Lohnstückkosten** niedrig sein. Dem strategischen Ziel der SPD-Reformpolitik der 90er Jahre entsprechend stieg daher die **Arbeitsproduktivität** bei stagnierenden Reallöhnen (und sinkender Lohnquote am BSP) in den 90er Jahren beschleunigt an.

Ein Nachteil dieser Strategie im größeren Maßstab ist allerdings, dass sie den Binnenmarkt schwächt und dass der Erfolg des Exportlandes die überall schwelenden Nachfragekrisen in den Importländern zusätzlich verschärft. Warum muss es zu Problemen kommen, wenn sich zwei Volkswirtschaften trotz gemeinsamer Währung verschieden schnell entwickeln? Wächst die Produktivität in dem einen Land schneller als in dem anderen, so können im Effekt die Waren hier günstiger als dort produziert werden. Da es im gemeinsamen Markt keine Zoll- und Währungsschranken gibt, erreicht das produktivere Land damit Wettbewerbsvorteile gegenüber dem unproduktiveren auch auf dessen "Binnenmarkt" (den es ja im strengen Sinne gar nicht mehr gibt). Die heimische Wirtschaft beginnt zu kränkeln, die Arbeitslosigkeit wächst, die Nachfrage sinkt weiter und die ungeschützte heimische Industrie wird gerade in den technologisch fortgeschrittenen Sektoren zunehmend vom Markt verdrängt.

Der Produktivitätsvorsprung des starken Landes kann, wenn überhaupt, nur langfristig und mit massiven Hilfen aufgeholt werden (vgl. die Entwicklung Ostdeutschlands!). Damit die heimischen Preise auf das Niveau des starken Eurolands sinken können, bleibt daher nur ein Weg: Die KOSTEN müssen gedrückt werden (Abbau der Reallöhne/ Sparpolitik zulasten der kleinen Leute und des Mittelstands). Die große Mehrzahl der Menschen in den wirtschaftlich schwächeren Ländern bezahlt für die Exportvorteile der stärkeren Länder im Währungsverbund mit einer massiven Verschlechterung ihres Lebensstandards.

Die Forderungen anderer Länder, Deutschland möge vermehrt seinen Binnenmarkt stärken und die Überschüsse in der Zahlungsbilanz begrenzen, sind daher makroökonomisch wohlbegründet. Ein Blick auf die Verhältnisse in Japan (das über lange Jahre eine ähnliche Strategie verfolgt hat) zeigt außerdem, dass es keine Garantie für dauerhaft hohe Exporterfolge gibt: Bleibt der Binnenmarkt zu schwach entwickelt, so versinkt die Wirtschaft bei jedem Exportrückgang mit hohen **Überkapazitäten** in eine **strukturelle Krise**, die dann auch mit neuer Staatsverschuldung (d.h. schuldeninduzierter Nachfrage) nicht mehr aufzufangen ist.

3. Im Ergebnis der neoliberalen Transformation der sozialen Marktwirtschaft landete die gesellschaftliche Wertschöpfung der letzten zehn Jahre faktisch zu großen Teilen in den Händen des Finanzsektors. Die immense private Kapitalhortung erscheint als vagabundierendes **Finanzkapital** an den Börsen und auf den internationalen Finanzmärkten. Ausgefeilte neue Handelstechniken (mehr als 50 Prozent des Börsenumsatzes beruht inzwischen auf computer-gestützten Eiltransaktionen im Sekundentakt) und abenteuerliche Gewinnerwartungen nach Art der Deutschen Bank ("Renditeziel 25 Prozent"/ Ackermann) führen zu wilden Spekulationsblasen um Finanzprodukte, Rohstoffe und Währungen. Die Deutsche Bank hat heute Derivate im Umfang von mehr als 40 Billionen (!) Euro in ihren Bilanzen stehen; in der Währungsspekulation und im Handel mit Derivaten werden heute weltweit Summen im **dreistelligen Billionenbereich** bewegt. Zum Verständnis dieser Größenordnung: das ist mehr als das Hundertfache des Bruttoinlandsprodukts von Deutschland!

Die Politik des billigen Geldes, wie sie die EZB seit einigen Jahren mit immer niedrigerem Leitzins, dem vermehrten Ankauf von Schrottanleihen und maroden Staatsverschuldungen (entgegen ihrem gesetzlichen Auftrag!) verfolgt, liefert Wasser auf die Mühlen der Finanzspekulation und ist mittelfristig extrem gefährlich für die **Stabilität** der gemeinsamen Währung: Der sprunghaft wachsende Geldumlauf bei stagnierendem Warenumlauf droht über kurz oder lang die gemeinsame Währung zu inflationieren. Die Preise steigen bisher nur deshalb nicht beschleunigt, weil das neu geschöpfte Geld der Notenbank größtenteils nicht im stagnierenden Wirtschaftskreislauf ankommt, sondern als neues "Spielgeld" in den Finanzmärkten selbst versickert (ausufernde Zinsdienste für immer neue Finanzprodukte, Bankenrettungsfonds, private Kapitalhortung und Kapitalexport; Kapitalvernichtung durch Schnitte bei Staatsanleihen etc.): Die Spekulation verspricht höhere Profite als Investitionen in die Realwirtschaft – mit dem Ergebnis, dass die **Investitionsquote** selbst in Deutschland trotz hoher Wertschöpfung im Exportgeschäft stagniert oder zeitweise sogar rückläufig ist.

Nach begründeten Schätzungen hat die EZB inzwischen Schrottanleihen und TARGET2-Forderungen im Wert von mehreren Billionen Euro in ihren Bilanzen - und kauft "unbegrenzt" (Draghi) weiter. Käme das neu geschöpfte Geld der Notenbank nachfragewirksam in der Realwirtschaft an, so wäre bei der schon heute bestehenden Disparität von Geldmenge und Warenumlauf eine katastrophale **Inflation** im gesamten Euro-Wirtschaftsraum unausweichlich. Herr Draghi als Italiener und Chef der europäischen Notenbank weiß am besten, was mit der Lira geschah, als sich in Italien die Notenpresse infolge ausufernder Staatsverschuldung immer schneller drehte.

Die Inflation ist kein Weg aus der Überschuldung. Sie entwertet zwar die öffentlichen und privaten Schulden, aber progressiv eben auch alle monetären Ressourcen eines Währungsraums (Löhne, Ersparnisse, Lebensversicherungen, Renten etc). Da die Einkommen in der Hyperinflation nicht im gleichen Tempo wie die Preise und Kreditkosten steigen, führt das direkt zur Verelendung aller, die nicht im Besitz von lebenswichtigen Gütern und Sachwerten sind, in der Folge bald auch zu katastrophalen Nachfrageeinbrüchen, Firmenschlie-

ßungen und schließlich zum Zusammenbruch der Warenwirtschaft insgesamt, da lebenswichtige Güter nur noch direkt oder gegen Ersatzwährungen (Fremdwährungen, Gold, Zigaretten, Lebensmittel etc.) ausgetauscht werden.

Entgegen anders lautender Gerüchte profitiert die Realwirtschaft kaum von dem Treiben auf den Finanzmärkten: Die **Spekulation** treibt in vielen Bereichen die Preise (Rohstoffmärkte) und die zulasten vieler Kleinsparer platzierten (oftmals windigen) "Anlageobjekte" entziehen der Realwirtschaft zusätzlich Kaufkraft. Und da mit Finanzspekulation und dem Direkthandel aus Sicht der Banken leichter Profit zu machen ist als mit klassischen Krediten an die Realwirtschaft, kommt das billige Geld der Zentralbank weder beim Verbraucher noch beim Unternehmer an. Sittenwidrige Zinssätze bis zu 20 Prozent für Verbraucher-kredite sind nach wie vor durchaus "branchenüblich", viele Unternehmer klagen trotz des billigen Geldes der Notenbank (Leitzins 0,00 Prozent) über eine "Kreditklemme"; und umgekehrt erhalten die Kleinsparer für ihre Einlagen nur noch lächerlich niedrige Zinssätze - weit unterhalb der Inflationsrate des Euro von derzeit etwa 2,0 Prozent bei den Verbraucherpreisen. Jeder Kleinsparer, der ein Guthaben in Euro besitzt, bezahlt damit schon heute Jahr um Jahr per Entwertung seiner Spareinlagen, Lebensversicherung und Rente für die **Weichwährungspolitik** der Zentralbank.

Platzt irgendwann die Blase um die fiktiven Buchgewinne aus den unseriösen Finanztransaktionen, so muss der Staat wie 2008/ 2009 zur Rettung des "systemrelevanten" Bankensektors mit neuen Schulden, Steuermitteln und Konjunkturprogrammen einspringen (Bankenrettungsschirm, in Deutschland z.B. für Commerzbank, diverse Landesbanken, Hypo Real Estate etc.). Mit anderen Worten: Nicht etwa der "Bankster", der aus Profitgier leichtfertig ungedeckte Kredite vergeben hat oder (schlimmer noch) die Einlagen seiner Kunden mit vielfach gehebelten Transaktionen auf den Kapitalmärkten verzockt hat, soll das Risiko seiner Fehlinvestition tragen, sondern der **Steuerzahler**. Das Spielgeld des Finanzkapitals wird nicht bei den Reichen im Lande oder den Profiteuren der Spekulation eingesammelt, sondern vermehrt bei den kleinen Leuten, bei Kleinsparern, Lohnempfängern, Rentnern und Arbeitslosen. Die Gewinne werden privatisiert, die Verluste sozialisiert.

An Ländern wie Griechenland, Portugal oder Spanien können die Ursachen und Folgen der Überschuldungskrise quasi wie in einem Mikrokosmos studiert werden. Die Situation ist gekennzeichnet durch eine extreme Schere zwischen Arm und Reich mit steuerlicher Begünstigung der Reichen und ständigen massiven Kapitalabflüssen ins Ausland und in den Finanzsektor: 20 Prozent der Griechen besitzen heute etwa 80 Prozent aller Güter und Besitztitel in Griechenland. Da die Reichen viele Wege zur Steuervermeidung kennen und nutzen, kann der wirtschaftliche Kreislauf bei hoher Arbeitslosigkeit mangels öffentlicher und privater Kaufkraft nur noch schuldeninduziert in Gang gehalten werden. Der heimischen Wirtschaft, soweit sie nicht bereits durch Billigimporte und hohe Kreditkosten ruiniert ist, fehlen heimische Nachfrage und Wachstumsimpulse, was auch durch die "importierte Nachfrage" (Tourismus etc.) nicht länger auszugleichen ist.

Steigende Kosten führen in vielen Bereichen zu Preissteigerungen, die der (völlig ungeschützte und mit Billigimporten überschwemmte) Markt nicht länger hergibt: Viele kleine Geschäfte müssen daher schließen, und auch der Staat kann nicht mehr stabilisierend einspringen - im Gegenteil, unter dem Druck der Vorgaben "befreundeter" Euro-Länder und des immensen Schuldendienstes (der mehr als 90 Prozent der Hilfskredite frisst, wobei diese "Hilfen" den Schuldenstand des Empfängerlands weiter erhöhen) entzieht er dem Binnenmarkt durch **Sparprogramme**, Steuererhöhungen, den Abbau von staatlicher Beschäftigung, Sozialabbau, Rentenkürzung, Preissteigerungen etc.

faktisch mehr und mehr die Lebensgrundlage.

Die Journalistin Kaki Bali schildert in einem ZEIT-Artikel die wirtschaftliche Lage an der Jahreswende 2013/2014 in Griechenland aus der Sicht der Betroffenen wie folgt:

Alles wird dem „nationalen Kampf aus der Krise“ geopfert, den die Regierung beschwört. Mit ein paar Ausnahmen: Niemand stört die Steuersünder, die Arbeitgeber, die ihre Belegschaft nicht bezahlen, aber genug Geld ins Ausland gebracht haben. (...) In den fast vier Jahren der Krise haben wir uns an alles gewöhnt: an die Angst vor der Arbeitslosigkeit, an schier unbezahlbare Schulden, an dreckige, dunkle Straßen, kaputte Straßenlaternen, Müllhaufen, an Aggression im Alltag, an die kollektive Depression. Die Stadtkassen sind leer. Wir stehen im beißenden Rauch der Kohlebriketts, viele Haushalte können sich kein Heizöl mehr leisten. In meiner Nachbarschaft hat rund die Hälfte aller Kaufhäuser, Drogerien, Boutiquen und Möbelläden dichtgemacht. Stattdessen tauchen nun Kneipen, Cafés und billige Imbisse auf, weil sie vergleichsweise geringe Investitionen erfordern (...) Doch die arbeitslosen Jugendlichen (mehr als 60 Prozent) und die vielen Studenten hier bezahlen ihren Kaffee mit der Rente der Oma. Sie haben sonst nichts zu tun. Mit viel Glück finden sie einen schlecht bezahlten Job als Kellner oder in einem Callcenter, für ein bis zwei Tage in der Woche. (...) Die Büros der großen Athener Zeitung haben geschlossen. Jüngere Kollegen sind nach Deutschland emigriert. Sie arbeiten jetzt in Restaurants in Stuttgart oder Nürnberg. Eine Kollegin hat Selbstmord begangen. (DIE ZEIT, 52/2013, S. 28)

Der Weg in eine tiefgreifende und **andauernde Wirtschaftskrise** mit allen politischen und sozialen Konsequenzen ist vorgezeichnet. So wichtig ein ausgeglichener Staatshaushalt für einen stabilen Wirtschaftskreislauf auch ist: "Staatliches Sparen" allein kann bei struktureller Überschuldung, stagnierender Realwirtschaft und wachsender Verelendung breiter Bevölkerungsschichten nicht die richtige Strategie zur Krisenbewältigung sein.

3. Alternativen zur Sparpolitik: Fünf Schritte zur Krisenbewältigung

Die herrschenden Eliten verkaufen die neoliberale Wirtschaftspolitik gerne als "alternativlos" (Merkel, Schäuble, Gabriel, Sachverständigenrat der sogenannten „Wirtschaftsweisen“): Man buhlt um das "Vertrauen der Finanzmärkte" und malt die Risiken alternativer Wege in düstersten Farben ("Dominoeffekte bei Staatsbankrotten", "Weltwirtschaftskrise"). Gleichwohl kann keiner der politisch oder wissenschaftlich Verantwortlichen einen **nachhaltig** wirksamen Weg aus der Krise weisen: Man hat keine vernünftige Erklärung für die Ursachen der Krise und die **anhaltende Wachstumsschwäche** selbst der erfolgreichsten Volkswirtschaften, man kuriert an den Symptomen, verschärft die neoliberalen Rezepte von gestern (Sachverständigenrat: „Arbeitsmarkt weiter flexibilisieren“, „staatlichem Mindestlohn verweigern“, „öffentliche Konsumausgaben reduzieren“, „Renteneintrittsalter erhöhen“ etc.), treibt die Verschuldung immer weiter in die Höhe, hangelt sich hilflos von einem Rettungsschirm zum nächsten, setzt als letztes Mittel die Notenpresse in Gang - während die Risiken wachsen und die Lebensbedingungen vieler Menschen im europäischen Wirtschaftsverbund immer schlechter werden. Das neue Gutachten der „Wirtschaftsweisen“ – ihres Zeichens Gralhüter der neoliberalen Wirtschaftspolitik – zeigt dabei vor allem eines: die intellektuelle Hilflosigkeit der Eliten im Zeichen der Krise.

Die im Grunde sehr einfache Botschaft lautet dagegen: In den entwickelten Industrieländern kann Marktwirtschaft auf Dauer nur als "soziale Marktwirtschaft" auf der Basis **starker Binnenmärkte** funktionieren, in denen das gesellschaftliche Mehrprodukt zu großen Teilen in Form von Investition oder Konsum als **nachfrageinduziertes Wachstum** produktiv zugunsten von Mensch und Umwelt in den ökonomischen Kreislauf zurückfließt, so dass **Angebot und**

Nachfrage tendenziell im Gleichgewicht sind. Das neoliberale Wirtschaftsmodell von primär schuldeninduziertem Wachstum auf der einen Seite und unproduktiver Finanzakkumulation auf der anderen Seite hat keine Zukunft - es kann als ökonomisches Modell schon theoretisch auf Dauer nicht funktionieren, und es widerlegt sich zunehmend selbst in der Praxis. Wird nicht beizeiten korrigiert, so ist (wie heute im Mikrokosmos Griechenland, Zypern, Portugal oder Spanien) der Weg in eine katastrophale, weltumspannende Wirtschaftskrise der entwickelten Industrieländer vorgezeichnet.

Erstes Ziel der Krisenbewältigung muss sein, das aktuell tief gestörte **Gleichgewicht** im ökonomischen Kreislauf der einzelnen Nationalwirtschaften wieder herzustellen - und zwar nicht wie bisher durch schuldeninduziertes Wachstum über Konjunkturprogramme oder kurzfristige Pseudolösungen wie die Vergesellschaftung der Schuldendienste (Eurobonds, Altschuldentilgungsfonds) oder das weitere Anheizen der Inflation (Geldvermehrung, EZB-Staatsanleihen), sondern durch eine gezielt eingreifende und **regulierende Wirtschaftspolitik** auf einzelstaatlicher Ebene.

Dabei ist angesichts der **ungleichzeitigen Entwicklung** der Mitgliedsländer im Währungsverbund zunächst jedes dieser Länder für eigene Lösungen der eigenen Probleme zuständig. Die tieferen Ursachen der Überschuldungskrise liegen nicht im Freihandel und dem gemeinsamen Markt. Eine gemeinsame Währung kann (wie im Fall von Ost- und Westdeutschland) letztlich sogar förderlich sein, weil sie bestehende Disparitäten sichtbar macht, hohen **Anpassungsdruck** erzeugt und historisch falsche Wege der Krisenbewältigung (Inflation, Staatsbankrott, Abschottung der Binnenmärkte etc.) erschwert. Aber eine "europäische Wirtschaftsregierung", wie sie die Neoliberalen jedweder Couleur verlangen, kann vorerst nicht sinnvoll sein, weil unter den gegebenen Bedingungen ihr einziger Zweck darin liegen könnte, dem (ökonomisch verhängnisvollen) Spardiktat der reichen Länder mehr Nachdruck in den Schuldenländern zu verleihen - und die Krise der armen Länder dadurch weiter zu verschlimmern. **Es gibt keinen Weg, der im Gleichschritt aller Euro-Länder aus der Krise führt; dazu sind die Voraussetzungen von Land zu Land zu verschieden.**

Fünf Schritte sind für eine nachhaltige Umsteuerung der Wirtschaft erforderlich, wobei jedes Euro-Land nach den eigenen Voraussetzungen über die konkret erforderlichen Maßnahmen entscheiden muss:

1. Der langfristig wichtigste Schritt ist die **Stärkung der privaten und investiven Binnennachfrage**. Erste Voraussetzung dafür ist die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Eine entwickelte Industriegesellschaft hat die systemimmanente Tendenz, Arbeitslosigkeit zu produzieren: Die Produktivität wächst schneller als der Warenumlauf, d.h. um die **gleiche** Menge an Gütern zu erzeugen, wird immer **weniger** menschliche Arbeitskraft benötigt. Der Marktmechanismus allein kann hier nichts bewirken: Um die Arbeitslosigkeit abzubauen, muss das bestehende gesellschaftliche Arbeitsvolumen durch staatliche Eingriffe auf mehr Menschen verteilt werden (gesetzliche Regelungen zur **Absenkung der Regelarbeitszeit**, Einführung von existenzsichernden **Mindestlöhnen**, Verbot der Zeitarbeit, Absenkung des Rentenalters etc.).

Die gesetzliche 40-Stunden-Woche (historisch entstanden als Produkt der Systemkonkurrenz zwischen Ost und West) war aus ökonomischer Sicht die Voraussetzung für eine prosperierende "soziale Marktwirtschaft" in der Nachkriegszeit. Dass versäumt wurde, die Arbeitszeit auch weiterhin an die steigende Produktivität anzupassen, war ein historisches Versäumnis einer einseitig interessegeleiteten, sozioökonomisch kurzsichtigen Wirtschaftspolitik, das unausweichlich zu **struktureller Arbeitslosigkeit** in fast allen Industrieländern geführt hat. Das Wirtschaftssystem kann auf Dauer nur funktionieren, wenn dieser Fehler durch entsprechende Eingriffe in die

Regelarbeitszeit korrigiert wird. Dazu gehört - zumindest zeitweise - auch eine Begrenzung der Zuwanderung in den Arbeitsmarkt, um den Import von Arbeitslosigkeit zu verhindern; ist Vollbeschäftigung erreicht, spricht aus ökonomischer Sicht nichts gegen die Arbeitsmigration - im Gegenteil.

Ein völlig falscher Weg ist dagegen der massive Ausbau des Zeitarbeits- und Niedriglohnssektors, wie er in Deutschland in Folge der neoliberalen Sozialpolitik von Rot/Grün als "zweiter Arbeitsmarkt" entstand: Trotz wachsender Beschäftigung ändert sich dabei das gesellschaftliche Arbeitsvolumen kaum; der wesentliche Effekt ist, dass die Beschäftigung **entwertet** wird und sich auf immer mehr Menschen verteilt, die mit ihrer Arbeit zu viel zum Sterben und zu wenig zum Leben verdienen. Durch unproduktive Billigarbeit dieser Art, vermehrt durch unkontrollierte Zuwanderung unqualifizierter Arbeitskräfte aus dem Ausland, entstehen weder vernünftige Einkommen noch dauerhaft marktfähige Qualitätsprodukte. Und für die Menschen, die einmal im zweiten Arbeitsmarkt gefangen sind, erweist sich dieser Weg in vielen Fällen als Sackgasse ohne Aussicht auf einen regulären, unbefristeten Arbeitsplatz.

Es gibt nur einen nachhaltig wirksamen Weg zur Stabilisierung des Arbeitsmarktes in den hochentwickelten Industrieländern: kontinuierliche Qualifizierung der Arbeitssuchenden und **Umverteilung des gesellschaftlichen Arbeitsvolumens** per Absenkung der Regelarbeitszeit. Die Anpassung der Regelarbeitszeit an die Produktivitätsentwicklung muss kontinuierlich und **in kleinen Schritten** erfolgen, damit die Betriebe entsprechend reagieren können. Bei Vollbeschäftigung führt die wachsende Konkurrenz um qualifizierte Arbeitskräfte fast automatisch zu einer **ansteigenden Lohnquote am BSP**, damit auch zur Stabilisierung der Sozialsysteme, zu mehr privater Kaufkraft, zu mehr persönlicher Sicherheit und Konsumbereitschaft, zu mehr **nachfrageinduziertem Wachstum**: Perspektivisch kehrt damit wieder ein größerer Teil der gesellschaftlichen Wertschöpfung in Form von Konsum und produktiver Investition in den ökonomischen Kreislauf zurück.

Ein **hohes Lohnniveau** ist - entgegen verdummender Pseudo-Argumente um die "Globalisierung der Märkte" und die "wachsende Konkurrenz mit Billiglohnländern" - kein Hindernis für Wachstum und Beschäftigung. Entscheidend für die Marktchancen eines Produkts sind nicht die Lohnkosten an sich, sondern **Lohnstückkosten** und **Produktqualität**. Wenige hochqualifizierte Arbeiter erzeugen in kürzerer Zeit mit Hilfe fortgeschrittener Produktionstechnik mehr hochwertige Güter zu billigeren Preisen als es viele unqualifizierte Arbeiter in einfacher Handarbeit jemals schaffen könnten. Exportweltmeister kann man entweder mit viel menschlicher Billigarbeit und entsprechenden Billigprodukten auf dem chinesischen Weg oder mit Forschung, Innovation und Qualitätsarbeit auf dem deutschen Weg werden. Wer ein hochentwickeltes Industrieland wie Deutschland zum Billiglohnland "entwickeln" will, hat nichts über globale Arbeitsteilung und die Eigenart und Dynamik des Warenaustauschs auf globalisierten Märkten verstanden. Allerdings kann es legitim und notwendig sein, den europäischen Markt zeitweise gegen unfaire Billigkonkurrenz zu schützen - zumal wenn Produktpiraterie, staatlich geförderte Industriespionage oder umweltschädliche und menschenfeindliche Produktionsmethoden im Spiel sind und den Wettbewerb verzerren.

In der entwickelten Marktwirtschaft wirkt ein hohes Lohnniveau als Motor für **Innovation, Qualitätsentwicklung und Produktivitätssteigerung**: Nur wenn qualifizierte Arbeitskraft teuer zu bezahlen und schwer zu finden ist, entsteht aus Sicht der Unternehmen ein nachhaltiger Druck, die Belegschaft gut zu bezahlen, partnerschaftlich zu behandeln (Mitbestimmung, Aus- und Weiterbildung etc.) und kontinuierlich weiter in Forschung und Innovation sowie die Verbesserung der Arbeitsproduktivität zu investieren, um je nach Marktlage entweder Lohnkosten einsparen oder zu gleichen Lohnkosten mehr Güter als vorher

erzeugen oder neue, innovative Produkte anbieten zu können. Ist Arbeitskraft jederzeit verfügbar und billig zu haben, so gibt es aus der Sicht des Unternehmens wenig Anlass, in menschliche oder technische Ressourcen zu investieren. Mittelfristig allerdings bezahlt der Betrieb dann irgendwann die Rechnung für die falsche Firmenpolitik: Er kann mit zu teuren oder veralteten Waren nicht mehr am Markt konkurrieren, weil ihn andere auf Basis billigerer Arbeit (China) oder höherer Produktivität und Produktqualität (Deutschland) unterbieten.

2. In die gleiche Richtung zielt die gesetzliche **Absenkung des Renteneintrittsalters**: Auch hier geht es letztlich um die Neuverteilung des gesellschaftlichen Arbeitsvolumens, nicht zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen, sondern um die Umverteilung der Arbeit zwischen den **Generationen**, um die Einstiegschancen der Jüngeren. Die "demographische Entwicklung", auf die sich die Trivialökonomie seit Malthus gerne beruft, steht der Absenkung des Rentenalters nicht entgegen. Das scheinplausible Argument für die Verlängerung der Lebensarbeitszeit lautet: Wenn heute ein Arbeitender per Umlageverfahren einen Nichtarbeitenden "ernährt", wie soll das in Zukunft funktionieren, wenn in einer alternden Gesellschaft einem Arbeitenden dann vielleicht **zwei** (oder mehr) Nichtarbeitende gegenüberstehen? Selbst das Jahresgutachten 2013 des Sachverständigenrats der sog. „Wirtschaftsweisen“, in dem eine weitere Erhöhung des Renteneintrittsalters verlangt wird (Rente mit 69), beruht auf dubiosen „Überlegungen“ dieser Art.

Ausschlaggebend ist jedoch nicht die **Anzahl** der Arbeitenden, sondern die **Produktivität** der Arbeit. Waren vor hundert Jahren vielleicht noch zehn produktiv Arbeitende erforderlich, um (über den eigenen Bedarf hinaus) das Mehrprodukt zu erzeugen, das einen Nicht-Arbeitenden ernährte, so kehrt sich dieses Zahlenverhältnis bei fortschrittlicher Produktionstechnik um. Ein einzelner Landwirt erzeugt mit Maschinen- und Düngereinsatz heute (über den eigenen Bedarf hinaus) mehr Lebensmittel, als es auf der gleichen Fläche vor hundert Jahren zehn Feldarbeiter jemals schaffen konnten (wenn man wiederum den Eigenbedarf dieser zehn Arbeiter abzieht). Analoges gilt im Prinzip für alle anderen Sektoren der industriellen Produktion von Gütern.

Nicht das zahlenmäßige Verhältnis von Arbeitenden und Nichtarbeitenden ist daher das Problem, sondern der Grad der **Produktivität** der Arbeit und die **Verteilung** des gesellschaftlich erzeugten Mehrprodukts. Der demographische Faktor spielt keine Rolle, wenn die Lohnquote real mindestens im gleichen Tempo wächst wie die Produktivität und das Sozialprodukt. Wird das gesellschaftliche Mehrprodukt jedoch zu wachsenden Teilen dem Wirtschaftskreislauf entzogen, zugunsten weniger umverteilt und privat gehortet, so muss logischerweise sowohl für die Arbeitenden wie für die Nichtarbeitenden immer weniger übrig bleiben. Aber das hat wenig mit Demographie, sondern viel mit **neoliberaler Umverteilung** des gesellschaftlichen Wohlstands zu tun.

Nirgends sind die Fehlentwicklungen heute so gravierend deutlich wie in den **Sozialsystemen** (Arbeitslosen-, Renten- und Krankenversicherung): Trotz der historisch höchsten Sozialabgaben ist die Altersarmut und medizinische Unterversorgung breiter Bevölkerungsschichten heute schon fest eingeplant und gesetzlich festgeschrieben. Nach Angaben der Rentenversicherung liegen derzeit bundesweit etwa 48 Prozent aller Renten unter 700 Euro - und damit unterhalb der Armutsgrenze. Bei den westdeutschen Frauen ist **Altersarmut** heute fast schon die Regel: Sie bekommen zu 73 Prozent Armutsrenten. Auch gibt es keine Ressourcen und Rücklagen, um die üppigen Versorgungsversprechen an Minderheiten (Beamtenpensionen, Politikergehälter etc.)

dauerhaft einzulösen.

Die von der SPD zu verantwortende Teilprivatisierung der Alterssicherung in Deutschland ("Riester-Rente") ist ein katastrophaler **Irrweg**: Sie nutzt nicht den Menschen, sondern vor allem den Versicherungen und Banken, die die Riester-Gelder abgreifen und nahezu ohne Gegenleistung für eigene Zwecke verwenden. Es gehört wenig Phantasie zu der Vorhersage, dass das heute in Riester-Modellen versickernde Geld eines fernen Tages, wenn es fällig ist und zur Alterssicherung gebraucht wird, längst als zusätzliches Spielgeld im Finanzsektor verschwunden ist oder mangels Inflationsausgleichs nichts mehr wert sein wird. Gleiches gilt für die private Kapital-Lebensversicherung und die private Krankenversicherung, auf die heute noch allzu viele Menschen in Deutschland als Alterssicherung vertrauen.

Dabei ist die langfristige Stabilisierung der Sozialsysteme aus makroökonomischer Sicht von entscheidender Bedeutung für die Wirtschaftsverfassung insgesamt. Hier liegt der zentrale Denkfehler in der SPD-Rentenpolitik: Kein kapitalistisches Wirtschaftssystem kann auf Dauer funktionieren, wenn die **Massenkaufkraft** tatsächlich aufgrund der demographischen Entwicklung in dem heute geplanten Umfang einbricht und entsprechend die Märkte für Produkte und Dienstleistungen dauerhaft schrumpfen. Mit sinkendem Warenumlauf, strukturellen Überkapazitäten, sinkender Beschäftigung, sinkendem Steueraufkommen etc. würde eine Abwärtsspirale in Gang gesetzt, aus der es auf Basis der bestehenden Wirtschaftsverfassung keine Erholung mehr geben kann. Alle Probleme, die wir heute beobachten, sind gemessen an diesem Szenario geradezu unbedeutend.

Da tiefgreifende Fehlentwicklungen dieser Art nur schrittweise korrigiert werden können (Steigerung der Lohnquote am Sozialprodukt und kontinuierliche Anpassung der Renten an die Nettolöhne), gibt es heute nur einen gangbaren Weg in der Sozialpolitik: den Systemwechsel zu einem echten Umlagesystem, die Umstellung der Sozialsysteme auf das Prinzip der **Bürgerversicherung**. Alle Bürger (auch Beamte, Selbständige, Politiker) werden hinsichtlich der sozialen Absicherung gleich behandelt und zahlen **ohne Bemessungsgrenze** einen anteiligen Sozialbeitrag von ihrem Einkommen in die staatliche Arbeitslosen-, Renten- und Krankenversicherung; im Gegenzug entfällt jede direkte oder indirekte Förderung der privaten Vorsorge (Riester-Modelle, private oder betriebliche Versicherungen, steuerliche Begünstigung der Lebensversicherung etc.). Die Sozialsysteme würden dadurch langfristig sicher – und das bei **sinkenden Beitragssätzen**: Die Krankenversicherung in Österreich – seit langem nach dem Prinzip der Bürgerversicherung organisiert – ist bei entsprechenden Leistungen nur etwa **halb so teuer** wie die deutsche Krankenversicherung. Ähnlich die Rentenversicherung. Um entsprechende Anreize in der Altersvorsorge zu setzen, richtet sich der Leistungsanspruch in diesem Modell (jenseits eines Sockelbetrags zur Absicherung des Existenzminimums) ohne Privileg für einzelne Personengruppen auch weiterhin nach persönlicher Anspardauer und Ansparleistung.

3. Während die Umsteuerung der Sozial- und Beschäftigungspolitik in kleinen Schritten erfolgen muss, wirken **Änderungen in der Steuerpolitik** unmittelbar und kurzfristig auf den Wirtschaftskreislauf. Das bestehende Steuersystem verhindert per „kalter Progression“, dass wachsende Nominaleinkommen im kleinen und mittleren Einkommensbereich zu wachsender Kaufkraft führen: Was von der Lohnerhöhung nach Abzug der Inflationsrate bleibt, wird per Steuerprogression zu großen Teilen vom Staat einkassiert („Mittelstandsbauch“ in der Progressionstabelle). Gleichzeitig bewirkt die massive Absenkung des

Spitzensteuersatzes, dass große Vermögen (die typischerweise nicht oder in geringem Maße als Nachfrage für Verbrauchsgüter wirksam werden) von Abgaben entlastet werden. Obendrein wurde in Folge der neoliberalen Transformation der Wirtschaft die **direkte** Besteuerung (Unternehmensgewinne, Einkommen, Vermögen, Erbschaften etc.) in hohem Maße durch eine **indirekte** Besteuerung (Verbrauchssteuern, Sozialabgaben) ersetzt: In kaum einem Land der Welt sind die indirekten Steuern so hoch und vielfältig wie in Deutschland.

Hohe Verbrauchssteuern sind nicht nur unsozial, weil sie im Grundbedarf starke und schwache Schultern in gleicher Weise belasten, sondern sie verteuern jedes einzelne Produkt auf dem Markt und bringen daher (bei real stagnierender Kaufkraft) nur kurzfristig und vordergründig mehr Geld in die Staatskassen: Da höhere Verbrauchssteuern regelmäßig in Form höherer Preise auf der Rechnung ausgewiesen und an den Endverbraucher weitergereicht werden, können mittelfristig durch Verbrauchssteuererhöhungen kaum Mehreinnahmen für den Staat entstehen: Bei gleichem Budget kauft der Verbraucher jetzt eben **weniger Waren zu höheren Preisen** als vorher, das Steueraufkommen ändert sich unter dem Strich daher kaum. Tatsächlich wird lediglich zulasten der ärmeren Bevölkerung **Kaufkraft abgeschöpft**, der Warenumlauf verringert und die **Inflation** angeregt (Verteuerung der lebensnotwendigen Güter).

In der Situation der südeuropäischen Staaten ist eine Erhöhung der Verbrauchssteuern (wie sie von den Geberländern verlangt wird) also geradezu das dümmste, was aus politökonomischer Sicht getan werden kann: Maßnahmen dieser Art verschärfen das (ohnehin bestehende) massive Ungleichgewicht von Angebot und Nachfrage, treiben die Inflation und beschleunigen die **Verarmung** breiter Schichten der Bevölkerung.

Das kurzfristig wirksamste Programm zur Konjunkturbelebung und gegen die Inflation ist daher die **Abflachung der kalten Progression** bei der Einkommensbesteuerung sowie eine energische **Senkung der Verbrauchssteuern** - was bei entsprechender Korrektur der direkten Besteuerung (Spitzensteuersatz) oder durch Einführung eines dritten Steuersatzes (Luxussteuer) aus Sicht des Staates sogar aufkommensneutral ausgestaltet werden kann. Selbst ohne Kompensation führt die Senkung der Verbrauchssteuern keineswegs automatisch zu einem Rückgang des staatlichen Steueraufkommens, sofern die Steuersenkung in funktionierenden Märkten als **Preissenkung** beim Verbraucher ankommt (!): Der Verbraucher kann dann mit dem gleichen Budget **mehr** (oder höherwertige) Waren kaufen und zahlt so unter dem Strich kaum weniger Verbrauchssteuern als zuvor. Sinkende Preise regen die Konsumneigung an, die größere Nachfrage wiederum stimuliert das Warenangebot und die Investitionsneigung der Unternehmen.

Fazit: es gibt kein sinnvollerer und schneller wirksames **Konjunkturprogramm** als die Senkung der Verbrauchssteuern.

4. Voraussetzung für eine **nachhaltige** Stabilisierung der Wirtschaft ist jedoch die vierte staatliche Maßnahme. Um der Inflation vorzubeugen und damit auch monetär ein Gleichgewicht von Warenangebot und kaufkräftiger Nachfrage entstehen kann, muss der massive Geldüberhang, den die EZB zu verantworten hat, wieder eingesammelt werden. Anders ausgedrückt: die Voraussetzung für die dauerhafte Stabilisierung der Wirtschaft ist, dass das vagabundierende **Finanzkapital** an der Quelle und im Umlauf ausgetrocknet wird. Denn solange auf den Kapitalmärkten schneller und leichter Geld zu verdienen ist als in der Realwirtschaft, gibt es kaum Anreize für produktive Investitionen.

Am einfachsten kann der Geldüberhang durch **direkte Besteuerung**

abgeschöpft werden: vor allem durch eine **Finanztransaktionssteuer** (mit Unterscheidung von realwirtschaftlicher Kreditfinanzierung und Finanzspekulation) sowie eine progressive **Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuer** (unter Verhinderung von Kapitalflucht in Steueroasen).

Die Finanzspekulation ist volkswirtschaftlich schädlich und muss durch geeignete Maßnahmen entmutigt werden - zum Beispiel durch eine **punitive Besteuerung** von Bonuszahlungen, spekulativen Kurzzeitanlagen und "Sekundengeschäften" sowie durch das **Verbot** von unseriösen Finanzprodukten, Leerverkäufen, Handel mit Derivaten, Warentermingeschäften und ähnlich volkswirtschaftlich sinnlosen Zockereien (Rücknahme der neoliberalen Deregulierung des Finanzsektors). Es ist nicht weiter zu akzeptieren, dass Banken die Spareinlagen ihrer Kunden in Risikogeschäften auf den Kapitalmärkten verjubeln, wobei faktisch der Steuerzahler für Ausfälle haftet. Nur eine klare Trennung zwischen Kreditbank und Handelsbank mit strikten, strafbewehrten Vorgaben für Eigenkapital und Einlagensicherung, die sich am jeweiligen Risiko orientieren, ist hier sinnvoll.

Der europäische „**Bankenrettungsfonds**“, der mittelfristig aus Abgaben der Finanzinstitute auf die Zielgröße von 55 Milliarden Euro aufgebaut werden soll, ist angesichts der tatsächlichen Risiken (allein die irischen Banken mussten vom Staat mit etwa 70 Milliarden Euro gestützt werden) nicht viel mehr als eine PR-Aktion und Beruhigungsspielle. Gleiches gilt für die großspurig angekündigte **EU-Bankenregulierung**: Selbst die Vorschrift, dass die Spekulationskontrakte im Hochfrequenzhandel länger als eine halbe Sekunde (!) gehalten werden müssen, konnte gegen den massiven Widerstand der Bankenlobby nicht durchgesetzt werden: „Zocken hat Zukunft“ (DIE ZEIT, 5/2014: 29).

Die Rettung maroder Banken und Großunternehmen geschieht heute immer noch überwiegend zulasten des Steuerzahlers, der den Eigentümern faktisch "für lau" das Risiko abnimmt, für falsche Unternehmensentscheidungen mit eigenem Kapital zu haften (Rettungsschirm für Banken, Auslagerung wertloser Schrottpapiere in staatliche *Badbanks*, staatliche Unternehmenskredite und Bürgschaften, Exportbürgschaften etc.). Dass ein Bankrott großer Banken angesichts deren starker Verflechtung mit Gefahren verbunden ist (vgl. Lehman-Pleite), ist kaum zu bestreiten. Andererseits gibt es keine sinnvollen Gründe, solche staatlichen Hilfen zum Nulltarif zu gewähren: Wenn der Staat zum Gegenwert seiner Hilfen **Eigentumsanteile** übernimmt (*bail-in* statt *bail-out*), sichert er sich maßgeblichen Einfluss auf die Unternehmenspolitik und kann ggf. eine geordnete Abwicklung erzwingen. Gelingt die Rettung auf diesem Wege, so können die staatlichen Unternehmensanteile zu einem späteren Zeitpunkt mit Gewinn reprivatisiert werden.

Selbstverständlich wehrt sich das Finanzkapital mit allen Mitteln gegen **Steuererhöhungen**. Der beliebte Einwand, dass Steuererhöhungen „Gift für Wirtschaft und Konjunktur“ seien, ist völlig richtig, sofern die Steuererhöhung wie bisher vor allem den Verbraucher, den Mittelstand oder das Produktivvermögen belastet. Hier geht es jedoch um die Entmutigung der gesellschaftlich sinnlosen Finanzspekulation sowie die gezielte Belastung der **unproduktiv gehorteten Besitztümer**, die weder konsumiert noch in der Realwirtschaft investiert werden. Keine Volkswirtschaft kann wachsen und blühen, wenn das gesellschaftlich erzeugte Mehrprodukt systematisch privatisiert und zum Schaden der Volkswirtschaft dem ökonomischen Kreislauf entzogen wird. Die Wirtschaftsform des Mittelalters war nur deshalb über Hunderte von Jahren leidlich stabil, weil das (mangels Produktivität viel geringere) gesellschaftliche Mehrprodukt nicht gehortet, sondern in Form von allerlei Staatsausgaben und Monumentalbauten (Fürstenpomp, Kirchen, Klöster, Schlösser, Städte, Bürgerhäuser ...) regelmäßig in den ökonomischen Kreislauf zurückkehrte – und damit Arbeit und Brot der Bevölkerung sicherte.

Nach einer Studie des Internationalen Währungsfonds (IWF), der ja nicht gerade als wirtschaftsfeindlich gilt, schon das neoliberale Steuersystem die Reichen heute mehr als früher, so dass sich die Schere zwischen Arm und Reich ständig weiter öffnet: In den USA entfallen (bei vergleichsweise niedrigen Spitzensteuersätzen) inzwischen auf die oberen 10 Prozent der Bevölkerung mehr als 70 Prozent aller Vermögenswerte – aber der Staat ist maximal überschuldet, die Wirtschaft kränkelt und es gibt kaum noch reales Wachstum. In den 50er und 60er Jahren lag der Spitzensteuersatz in den USA bei über 90 Prozent (!) – und das bei nahezu ausgeglichenem Staatshaushalt, prosperierender Wirtschaft und regelmäßig hohen jährlichen Wachstumsraten des BIP. Laut IWF liegt Deutschland heute bei der **Steuernanstrengung** am unteren Rand aller Industriestaaten: Das Steuersystem nimmt vor allem bei den Armen und beim Mittelstand (kalte Progression, Verbrauchssteuern, Sozialabgaben, Gewerbesteuern), während es massiv die unproduktive Akkumulation der Superreichen begünstigt (Senkung des Spitzensteuersatzes und der Kapitalertragssteuern, Freistellung von Spekulationsgewinnen, Senkung der Vermögensbelastung, Verzicht auf Börsen- und Transaktionssteuer etc.).

Hinzu kommt, dass die Superreichen viele Mittel und Wege der legalen und illegalen **Steuervermeidung** kennen und leider allzu oft auch nutzen (Steuerschlupflöcher, Verlagerung der Vermögenswerte in Steueroasen, Kapitalflucht, Steuerhinterziehung etc.), so dass hier nicht einmal der reduzierte Beitrag geleistet wird, der nach dem geltendem Steuerrecht noch vorgesehen ist. Die Firma Apple zum Beispiel, die auf Vermögenswerten von mehr als 100 Milliarden Dollar sitzt, zahlt in den USA auf den ausgewiesenen Gewinn völlig legal weniger als 5 Prozent Steuern. Auf Nummernkonten in der Schweiz oder in anderen Steueroasen schlummern im Verborgenen riesige unbesteuerbare Vermögenswerte, die oft nur durch Zufall ruchbar werden (Ankauf von „Steuer-CDs“). Allein in Niedersachsen gab es in 2013 fast 3000 Selbstanzeigen von Steuerflüchtigen – nicht etwa aus Reue oder besserer Einsicht, sondern weil ihnen Entdeckung und Bestrafung drohte. Den politischen Willen vorausgesetzt, gäbe es viele Möglichkeiten, die Steuervermeidung der Superreichen im gleichen Maße zu unterbinden, wie es heute bei den Armen und beim Mittelstand selbstverständlich ist (vgl. zum Beispiel die akribischen Maßnahmen des Staates zur rückwirkenden Rentenbesteuerung).

Um welche Größenordnungen es bei der Regulierung des Finanzsektors geht, ist leicht zu sehen: Wenn die Superreichen in der Folge solcher Maßnahmen nur auf 10 Prozent ihres unproduktiv gehorteten Vermögens (und damit auf den Gegenwert der staatlichen Steuergeschenke der letzten 10 Jahre!) verzichten, würde allein schon in Deutschland ein geschätztes Finanzvolumen von 700 Milliarden Euro für realwirtschaftlich produktive Zwecke frei.

5. Das größte Konfliktpotenzial und Risiko für die Volkswirtschaften Europas liegt derzeit jedoch in der **gemeinsamen Währung**, obwohl der EURO nicht Ursache, sondern eher nur ein **Anzeiger** der Wirtschaftskrise ist: Ein Austritt aus dem Euro könnte an der Überschuldungskrise nichts ändern - aber die gemeinsame Währung aktualisiert die Probleme, säht Hass und Zwietracht zwischen den Partnerländern (vgl. Merkel-Karikaturen in den südeuropäischen Staaten!) und zwingt zu ständig neuen, ökonomisch sinnlosen Rettungsaktionen, die allenfalls ein wenig Zeit erkaufen, aber keines der zugrunde liegenden Probleme lösen.

Eine gemeinsame Währung kann auf Dauer nur bei **gleicher Entwicklung** der beteiligten Volkswirtschaften funktionieren. Wenn die Partnerländer nicht gleichzeitig und gleichgewichtig wachsen, so muss zumindest jedoch der vereinbarte "Stabilitätskorridor" (Maastricht-Kriterien) eingehalten werden: die Obergrenze der Gesamtverschuldung und die Neuverschuldungsgrenze. Wird auch dieses Kriterium aufgeweicht, wie es heute in nahezu allen EURO-Ländern

der Fall ist, so bleibt als letzter Anker die No-bail-out-Klausel ("Niemand haftet für des anderen Schulden"). Wird auch diese Regel nicht beachtet, so setzt ein **Verschuldungswettlauf** ein, bei dem der schuldenfinanzierte Wohlstand des einen Landes faktisch zulasten der anderen Partnerländer erkaufte wird. Da alle Partnerländer währungstechnisch im gleichen Boot sitzen, steckt die Überschuldung des einen Landes notwendig alle anderen Länder an, weil man direkt (Rettungsschirme, Bankenrettungsfonds etc.) oder indirekt (Geldschöpfung der EZB, Eurobonds etc.) für die Schulden der anderen in Haftung genommen wird: "Scheitert einer, so scheitern alle". Da die Schulden mit jeder Rettungsaktion für **alle** Euro-Länder kumulativ weiter anwachsen, ist es nur eine Frage der Zeit, bis die Schuldenblase platzt und das System als Ganzes zusammenbricht. Der **historische Fehler** der aktuellen Europa-Politik liegt in der Nichtbeachtung der eigenen Vereinbarungen und Regeln (Maastricht-Kriterien), womit man faktisch das Scheitern des EURO programmiert hat.

Alle Probleme der europäischen Gemeinschaftswährung werden noch verschärft durch die verhängnisvolle Währungspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB), auf deren Entscheidungen die einzelnen Mitgliedsländer ohne eigenes Veto-Recht faktisch kaum Einfluss haben. Die EZB begründet ihre Politik des billigen Geldes, die in massivem Widerspruch zu ihrem gesetzlichen Auftrag zur Hütung der Geldwertstabilität steht, im Wesentlichen mit der Schwäche der Konjunktur in vielen Mitgliedsländern – wobei es nicht zu den vordringlichen Aufgaben der EZB gehört, die Konjunktur anzukurbeln, und jeder weiß, dass das billige Geld der Zentralbank **ohnehin nicht in der Realwirtschaft ankommt**; die Zinssätze für Verbraucher und Gewerbe sind und bleiben auf hohem Niveau. Tatsächlich liefert die Zentralbank, indem sie marode Staatsanleihen und Bankpapiere aufkauft, den Leitzins über Jahre hinweg auf dem historisch niedrigsten Stand hält und die Notenpresse „unbegrenzt“ (Draghi, seines Zeichens ehemaliger Goldman-Sachs-Banker) in Gang hält, lediglich das **Spielgeld für Überschuldung und Spekulation**: Alles was heute im Bereich der Finanzspekulation läuft, wird über das billige Geld der Zentralbank „gehebelt“; ohne die ständige Nachfuhr des frischen Geldes per Ausweitung der Geldmenge gäbe es keine staatliche Überschuldung (die Zinsen wären unbezahlbar) und keine (größtenteils schuldenfinanzierte) Finanzspekulation im derzeitigen Umfang. Indem die Zentralbank die Märkte mit Geld flutet, dabei den **Marktmechanismus für Finanzprodukte außer Kraft setzt** und „unbegrenzt“ niedrigste Zinsen für Schrottanleihen und höchste Ausfallrisiken berechnet, öffnet sie der **Inflation** der Gemeinschaftswährung Tür und Tor. Faktisch ist die EZB so der Totengräber des Euro.

Dass ein Zustand der **HYPERINFLATION** auf den Finanzmärkten inzwischen längst Tatsache ist, zeigt ein Blick auf das, was sich heute an den Börsen abspielt: Da frisches Geld im Überfluss vorhanden ist, haben die Börsenwerte kaum noch Bezug zu den realen Unternehmenwerten oder Gewinnerwartungen, da die Akteure geradezu verzweifelt auf der Suche nach Anlagemöglichkeiten und Rendite sind. Die Nasdaq-Unternehmen werden aktuell im Schnitt etwa 25-mal so hoch bewertet wie ihr jährlicher Gewinn, der Zimmervermittlungsdienst Airbnb zum Beispiel mit 20 Milliarden Dollar, die Taxi-Alternative Uber mit 40 Milliarden, Facebook zahlte für den Erwerb des Messengers Whatsapp 19 Milliarden Dollar, Bayer will für Monsanto 66 Milliarden hinblättern (wesentlich auf der Basis von Bankkrediten übrigens). Keines dieser Unternehmen erzielt nennenswerte Gewinne in Relation zu solchen Börsenwerten. Die Suchmaschine Google wurde 2014 mit 400 Milliarden Dollar bewertet; zum Vergleich: der deutsche Bundeshaushalt 2015 umfasste Einnahmen und Ausgaben im Umfang von ca. 300 Milliarden Euro ...

Im Bewusstsein der Öffentlichkeit ist die Hyperinflation des Geldwerts nur deswegen noch nicht angekommen, weil nicht Börsenwerte oder Immobilienpreise, sondern die **Verbraucherpreise** als maßgebliche Indikatoren

der Inflation gelten – und weil seit Einführung des Euro mit einer durchschnittlichen Inflationsrate von etwa 2 Prozent bei den Verbraucherpreisen ein Zustand relativer Stabilität zu gelten scheint (Steigerung der Verbraucherpreise lt. Warenkorb von 1 Euro/ 1998 auf 1,36 Euro/ 2014). Wo das Finanzkapital jedoch nicht nur auf den Finanzmärkten, sondern in der realen Warenwelt nach Anlagen sucht (also zum Beispiel im Rohstoff- und Immobiliensektor, Grund und Boden), steigen die Preise galoppierend; die Fiktion einer „mäßigen Inflationsrate“, die die EZB dem staunenden Publikum immer noch auftrischt, wäre sofort hinfällig, wenn sich im „Warenkorb“ auch Finanzprodukte, Rohstoffwerte und Investitionsgüter befinden würden.

Die EZB-Politik des billigen Geldes begünstigt nicht nur die Inflation, sondern sie behindert auch jede natürliche, marktwirtschaftliche Erholung der Realwirtschaft: Wenn Güter mangels kaufkräftiger Nachfrage unverkäuflich bleiben (das Geld der Zentralbank kommt weder beim Produzenten noch beim Konsumenten an!), müssen in einem funktionierenden Markt die Preise **senken**, damit Angebot und Nachfrage wieder ins Gleichgewicht kommen. Die EZB bekämpft diese Tendenz zur Deflation in der Realwirtschaft durch eine **aktive Inflationspolitik** per Ausweitung der Geldmenge – angeblich, um die rückläufige Wirtschaft anzuregen, tatsächlich jedoch, um den aus neoliberaler Sicht erforderlichen „Inflationskorridor“ zu öffnen und aufrecht zu erhalten: Da man die Nominallöhne kaum senken könne, sei ein gewisser Inflationskorridor, wie die EZB in erstaunlicher Offenheit verkündete, vor allem auch deshalb erforderlich, um einen Anstieg der Reallöhne zu verhindern (EZB-Notenbankdirektor B. Coeuré in DIE ZEIT, 51/2013: 32). Mit anderen Worten: Die EZB fährt eine **Strategie der gezielten Verelendung breiter Bevölkerungsschichten**, um so das gesamtgesellschaftliche Mehrprodukt allein und ausschließlich der Finanzindustrie zuschanzen zu können. Eine Position, wie sie in ihren Auswirkungen ökonomisch kurzsichtiger (und sozial verantwortungsloser!) in der aktuellen Lage der Weltwirtschaft kaum vorstellbar ist ...

Mit steigender Inflation werden nicht die Verursacher, die profitierenden Finanzgruppen oder Schuldenstaaten, sondern faktisch **alle Bürger der Euro-Gruppe**, die ein Einkommen, eine Versicherung, ein Sparvermögen oder eine Alterssicherung in Euro haben, mit progressiv wachsenden Preissteigerungen und der fortschreitenden Entwertung ihrer Guthaben in Haftung genommen. Da es für die Rückkehr zu den Maastricht-Kriterien unter den gegebenen Voraussetzungen zu spät ist, bleibt währungstechnisch nur der **Ausstieg aus dem Euro**. Je weiter man diese Konsequenz mit immer neuen Rettungsschirmen, Finanzhilfen und EZB-Krediten für Schrottanleihen hinausschiebt, desto teurer wird es für alle, wobei die Bürger des Landes mit der stabilsten Wirtschaft und dem geringsten Schuldenstand unter dem Strich das höchste Risiko tragen. An eine reguläre Tilgung des galoppierend anwachsenden Schuldenbergs ist schon lange nicht mehr zu denken: Der ständig anwachsende Geldüberhang führt nach dem Schneeballprinzip früher oder später unausweichlich zur Aufweichung der Geldwertstabilität.

Nur mit der **Rückkehr zu nationalen Währungen** kann jedes Land seine monetären Probleme nachhaltig und in eigener Regie angehen. Zwar gibt es zum Schutz der heimischen Wirtschaft im gemeinsamen Markt auch dann keine Zoll- und Handelschranken, aber immerhin eine eigene Währung: Dem ökonomischen Druck des starken Landes kann durch **ABWERTUNG** der eigenen Währung wirksam begegnet werden. Im Effekt steigen damit die Preise für Importe (ausländische Produkte verlieren den Preisvorteil), und die Preise für Exporte sinken (die eigenen Waren werden im gemeinsamen Markt konkurrenzfähiger). Außerdem hat es den angenehmen Nebeneffekt, dass man so die eigenen Schulden (die dann ja nicht mehr in Euro, sondern in der Landeswährung rechnen) leichter bedienen kann. Das Prinzip funktioniert übrigens auch umgekehrt (Schweiz / Deutschland in früheren Jahren): Ein

unerwünschter Exportüberhang kann durch **AUFWERTUNG** gebremst werden; der übermäßige Abfluss materieller Ressourcen einer Volkswirtschaft (Ausverkauf?) gegen zweifelhaften monetären Gegenwert kann so vermieden werden.

Mit der wiedererlangten **Währungshoheit** stehen zahlreiche Instrumente zur Stabilisierung der heimischen Wirtschaft zur Verfügung (marktgerechte Steuerung der Geldmenge, Auf- und Abwertung gemäß Wirtschaftsleistung, Abbau von strukturellen Exportüberschüssen, Zinsmoratorium, Währungsreform etc.), so dass sich perspektivisch auch monetär ein neues Gleichgewicht der Märkte einspielen kann. Nicht zufällig stehen die EU-Länder, die dem Euro von vornherein nicht beigetreten sind und ihre Währungshoheit behalten haben, heute der Tendenz nach besser da als die Länder der Euro-Gruppe – und das, obwohl **JEDES** der Euro-Länder (mit Ausnahme Griechenlands) **vor** dem Beitritt die Stabilitätskriterien erfüllt hatte.

Auch der **Lebensstandard** der Mehrzahl der Menschen in den Euro-Ländern hat sich in der Folge der Einführung einer gemeinsamen Währung nicht verbessert, sondern der Tendenz nach eher verschlechtert. Realistisch betrachtet und am ökonomischen Ergebnis gemessen, kann das „Euro-Experiment“ nach mehr als 15 Jahren Bewährungsfrist damit als krachend **gescheitert** gelten.

Im Effekt dieser fünf Maßnahmen, die im Prinzip **ohne eine weitere Erhöhung der staatlichen Verschuldung** auskommen, fördert der Staat produktives, nachfrageinduziertes Wachstum der Realwirtschaft, unterbindet unproduktive Kapitalhortung und Spekulationsgeschäfte, verschafft sich mittelfristig die Ressourcen zum Abbau der eigenen Verschuldung, stabilisiert die Währung und die Sozialsysteme, sorgt für eine sinnvolle Umverteilung der gesellschaftlichen Arbeit zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen sowie zwischen den Generationen, verhindert die undemokratische Akkumulation der gesellschaftlichen Vermögenswerte in der Hand weniger Superreicher, gewinnt perspektivisch wieder den zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlichen investiven und sozialpolitischen Spielraum und - *last but not least* - verbessert nachhaltig Arbeitsbedingungen und Lebensstandard der Bevölkerung.

Perspektive: soziale Marktwirtschaft und New Deal

Eine hochentwickelte Marktwirtschaft kann in Theorie und Praxis nur funktionieren, wenn sich die Schere von Arm und Reich stärker schließt, wenn die Armen reicher und die Reichen (zumindest ein wenig) ärmer werden, wenn das gesellschaftliche Mehrprodukt nicht nur einigen Wenigen als totes Finanzkapital, sondern vermehrt wieder **allen** in Form von realem Wohlstand zugute kommt - sich im Ergebnis also der Trend der letzten fünfzehn Jahre umkehrt. Dabei ist eine bittere Ironie der Geschichte, dass heute eine Partei wie die deutsche SPD, die die neoliberale Transformation der Gesellschaft maßgeblich zu verantworten hat, mit dem Slogan "soziale Gerechtigkeit" auf Wählerfang geht - und diese Parole nach der Wahl ebenso schnell wieder vergisst. Etwas an sozialer Kosmetik, wie im SPD-Programm vorgesehen, kann in der aktuellen Situation ohnehin nichts mehr bewirken; nur eine radikale Abkehr von den neoliberalen Steuerungsinstrumenten, wie sie oben skizziert wurde, kann die Marktwirtschaft heute noch retten.

Dass mit erbittertem Widerstand der Akteure und Profiteure des neoliberalen Wandels gegen eine nachhaltige Strategie der Krisenbewältigung zu rechnen ist, zeigen nicht nur die Gutachten der sogenannten „Wirtschaftsweisen“ in Deutschland, sondern vor allem ein Blick in die USA. Die Schere zwischen Arm

und Reich geht extrem auseinander: 10 Prozent der Bevölkerung besitzen 70 Prozent aller Vermögenswerte. Der Staat operiert seit Jahren mit beängstigenden Zuwachsraten an der Obergrenze der Verschuldung, die Notenpresse dreht sich immer schneller, Arbeitslosigkeit und private Verschuldung erreichen immer neue Rekordniveaus, die Wirtschaft stagniert bei wachsender Inflationsgefahr. Kurzzeitige Erholungen wie jetzt unter Obama können die langfristige Entwicklung nicht korrigieren. Im Kampf darum, zu wessen Lasten der Schuldenabbau gehen soll, führt das Finanzkapital mit seinen Laufburschen bei den Republikanern einen ebenso erfolgreichen wie kurzsichtigen Kampf um die eigenen Pfründe. Die Rücknahme der immensen Steuerentlastungen für Reiche aus der Bush-Ära bleibt ein Tabu, gespart werden soll weiterhin vorrangig zulasten des Mittelstands und der Armen im Lande – aktuell vor allem durch Abschaffung der gesetzlichen Krankenversicherung und den weiteren Abbau der (kaum noch nennenswerten) Sozialleistungen.

Allerdings ist leicht zu sehen, dass dieser Weg politökonomisch unsinnig ist, weil er die bestehenden Disparitäten zwischen Angebot und Kaufkraft auf dem amerikanischen Binnenmarkt weiter verschärft und perspektivisch geradewegs in den **Zusammenbruch der Realwirtschaft** führt, in Stagflation und Wirtschaftskrise: Wer soll die angebotenen Waren noch kaufen, wenn die Armen noch ärmer, die Reichen noch reicher und der Staat noch handlungsunfähiger wird? Wie soll der Export wachsen, wenn sich die Märkte zunehmend gegenseitig abschotten (Trump), während alle Partnerländer binnenwirtschaftlich mit ähnlichen Problemen kämpfen und ihrerseits auf steigende Exporte setzen? Wer wird als Unternehmer weiterhin investieren und Waren produzieren, die er weder exportieren noch an private oder öffentliche Abnehmer profitabel verkaufen kann? Wer beschäftigt bei steigender Produktivität und sinkendem Umsatz auch nur die gleiche Zahl an Mitarbeitern? Wie anders als durch das Anwerfen der Notenpresse soll der hoffnungslos überschuldete Staat die steigenden Soziallasten tragen bei weiter anwachsender Inflation und Arbeitslosigkeit? Wie lange lässt sich die Masse der Bevölkerung unter solchen Bedingungen vermehrte Preissteigerungen bei den lebenswichtigen Gütern und die **Refeudalisierung** der Gesellschaft in Arm und Reich noch gefallen? Die Aufstände der Ghetto-Jugend in den Vorstädten (typischerweise begleitet von Plünderungen der Warenwelt) sind nur ein schwaches Vorzeichen der dann zu erwartenden Sozialkonflikte. Das makroökonomische Szenario ähnelt fatal dem Vorabend der Weltwirtschaftskrise von 1928 ff.

Durchdenkt man dieses Szenario bis zum bitteren Ende, so liegt die Schlussfolgerung auf der Hand: Wer die Lehre der Weltwirtschaftskrise verstanden hat, wer Demokratie und Marktwirtschaft langfristig - nicht zuletzt auch im Interesse der besitzenden Klasse - erhalten und stabilisieren will, muss bereit sein, den Grundgedanken der **sozialen Marktwirtschaft (New Deal)** wieder neu zu beleben. Da sich heute mehr oder weniger alle Politiker in vielen schönen Worten auf die "soziale Marktwirtschaft" berufen, muss man zunächst allerdings den ökonomischen Kern dessen wieder freilegen, was eine Marktwirtschaft "sozial" sein lässt: Die Wirtschaft dient dem Wohlstand der Menschen - und nicht die Menschen dem Wohlstand der Wirtschaft. Um den wirtschaftlichen Kreislauf wieder ins Gleichgewicht zu bringen und neu zu beleben, führt aktuell (wie zu Zeiten der Weltwirtschaftskrise von 1928 ff.) kein Weg vorbei an gezielten staatlichen Eingriffen zum **Schutz des Geldwerts** und zur **sozialen Absicherung und Stärkung der Massenkaukraft**.

Die Botschaft lautet in einem Satz: **New Deal**. Eine freiheitliche Wirtschaft kann nur blühen und wachsen, wenn sie **alle** Menschen leistungsgerecht am Zuwachs des gesellschaftlichen Wohlstands teilhaben lässt.